

# DER INNENPOLITISCHE STELLENWERT DER KURDENFRAGE

**GÜLISTAN GÜRBEY** || Der türkische Kurdenkonflikt, der historisch tief verankert und grenzüberschreitend (transnational) ist, konnte bis heute nicht friedlich gelöst werden. Die Bilanz des seit 25 Jahren andauernden Krieges zwischen der türkischen Armee und der militanten PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) sind rund 40.000 Tote, 3.500 zerstörte Dörfer, über 2,5 Millionen zur Flucht und Migration gezwungene Kurden sowie massive Menschenrechtsverletzungen durch die türkischen Sicherheitskräfte und die PKK.

Der Gewaltkonflikt hat weitreichende innenpolitische Auswirkungen: Er polarisiert Gesellschaft und Politik, verstärkt den türkischen und den kurdischen Nationalismus, blockiert die Demokratisierung des Landes, insbesondere die Gewährleistung der Menschenrechte, des Minderheitenschutzes, der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit.

Eine erste Enttabuisierung der Kurdenfrage und Liberalisierungsversuche der traditionellen, auf Leugnung und (politischer und militärischer) Repression beruhenden Kurdenpolitik begann in der Ära von Turgut Özal. Sie standen im Kontext des ersten Golfkrieges 1991. Parallel zur militärischen Repression und Kontrolle beabsichtigte Özal eine Liberalisierung im kulturellen Bereich, die Stärkung der lokalen Verwaltungen, die wirtschaftliche Entwicklung der mehrheitlich kurdischen Gebiete und die Einbindung der PKK. Nach Özals Tod (April 1993) kam die ambitionierte Liberalisierungspolitik zum Stillstand und wurde von keiner Regierung ernsthaft weiter verfolgt.

## IDEOLOGISCHE EINBETTUNG DER KURDENPOLITIK DER AKP-REGIERUNG

Erst unter der AKP-Regierung kam es wieder zu Bewegung und Wandel in der Kurdenpolitik. Die AKP-Regierung hat bislang die weitreichendsten Reformen verabschiedet. Ihre kurdenpolitische

Strategie hat sowohl eine interne als auch eine externe Dimension. Beide Dimensionen stehen in einem engen Zusammenhang und beeinflussen sich gegenseitig.

Die interne Dimension bezieht sich auf zwei wesentliche Fragen: die politische Regulierung des historischen Konflikts um die politisch-kulturellen Rechte von Kurden im Innern und die Frage des Umgangs mit der militanten PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Die zweite zentrale Frage richtet sich auf die regionale Dimension und die Einbettung des internen Konfliktes in den Gesamtkonflikt, der die Staaten Syrien, den Irak und Iran einbezieht und das regionale politische Gefüge beeinflusst. Wesentliches Ziel ist es, einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklungen in der kurdischen Frage auch außerhalb der eigenen Grenzen zu nehmen.

Ideologische Triebfedern der Kurdenpolitik der AKP-Regierung sind türkischer Nationalismus, Islam und Neo-Osmanismus.<sup>1</sup> Die kurdenpolitische Strategie der AKP-Regierung folgt weiterhin dem Primat eines rigiden türkischen Nationalismus. Die islamisch-religiöse und historisch-osmanische Komponente dient dazu, die nationale Einheit über „religiöse und historische Brüderlichkeit“ zu generieren. Diese ideologischen Leitlinien lassen nur eine begrenzte Liberalisierung zu und negieren die politisch-nationale Dimension der

Kurdenfrage. Die Rückbesinnung auf die osmanisch-muslimische Vergangenheit impliziert eine „osmanische Lösung“ der Kurdenfrage, die intern eine begrenzte Liberalisierung im Bereich der kulturellen Rechte zulässt und extern den eigenen Einflussbereich als „Schutzpatron und Hegemon“ in der Kurdenfrage explizit erweitert. Während das Primat des türkischen Nationalismus in der Kurdenfrage einen „harten Kurs“, d. h. Gewaltanwendung, Repression und nationalistische Rhetorik impliziert, lassen die beiden ideologischen Elemente „Islam“ und „Neo-Osmanismus“ eine gemäßigte, von „brüderlichen Tönen“ gekennzeichnete kurdenpolitische Rhetorik zu.

### **VERSTÄNDNIS UND ZIELE**

Obwohl die AKP-Regierung bislang die weitreichendsten Reformen verabschiedet hat, sind ihr Grundverständnis der Kurdenfrage und ihre wesentlichen Ziele von Kontinuität mit den Vorgänger-Regierungen gekennzeichnet. Dies hängt damit zusammen, dass die AKP-Regierung die Kurdenfrage und die PKK wie alle bisherigen Regierungen als Gefahr für die territoriale und nationale Einheit betrachtet. Daraus resultieren die wesentlichen kurdenpolitischen Ziele:

- die Verhinderung der Entstehung eines kurdischen Staates,
- die Einflussnahme auf die Entwicklungen in der Kurdenfrage,
- die Schwächung und Kontrolle der kurdischen Nationalbewegungen,
- die Eindämmung kurdischer Forderungen und kurdischer Politik und
- die militärische und politische Bekämpfung der PKK. Gerade letztere ist aufgrund des Bürgerkrieges in Syrien in Bewegung geraten. Es geht darum, anstatt militärischer Bekämpfung über Gespräche mit PKK-Chef Abdullah Öcalan den Gewaltkonflikt zu beenden, ohne dabei weitreichende Zugeständnisse machen zu müssen.

### **BEGRENZTE LIBERALISIERUNGSPOLITIK: WESENTLICHE INHALTE, WANDEL UND KONTINUITÄT**

Die kurdenpolitische Strategie der AKP drückt sich in einen Politikmix aus, der auf militärischen und politischen Maßnahmen sowie auf einem rhetorischer Aktionismus basiert. Letzterer reicht –

je nach Zweck – von nationalistischen bis zu gemäßigten Tönen. Die Eckpfeiler sind, erstens, unter Wahrung der staatsideologischen Grundlagen („Eine Nation, eine Flagge, eine Sprache“ bzw. Verfassungsgrundsatz: unteilbare Einheit von Staatsvolk und Staatsgebiet) eine begrenzte Liberalisierung im Bereich der kulturellen Individualrechte zuzulassen; zweitens gleichzeitig die legalen Politikräume von Kurden einzudämmen und zu kontrollieren. Dies umfasst sowohl die Marginalisierung der durch Wahlen legitimierten kurdischen Partei für Frieden und Demokratie (BDP) als auch sämtliche kurdisch-politischen Aktivitäten im zivilgesellschaftlichen Bereich. Drittens gilt es, die PKK nunmehr nicht primär über militärische Operationen, sondern über Gespräche mit Öcalan zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Letzteres hängt damit zusammen, dass die kurdenpolitische Strategie der AKP in einen größeren regionalen Rahmen eingebettet ist. Der Bürgerkrieg in Syrien hat den externen Anpassungsdruck in der Kurdenfrage signifikant erhöht und den internen Gewaltkonflikt zunehmend regionalisiert.<sup>2</sup>

Die Kurdenpolitik der AKP umfasst im Wesentlichen drei Komponenten: (1) Die im Zuge des EU-Beitrittsprozesses der Türkei im Zeitraum von 2002-2005 verabschiedeten Reformen, (2) die im Sommer 2009 angekündigte und im Kern ein Lippenbekenntnis gebliebene „Politik der demokratischen Öffnung“ und (3) Gespräche mit Öcalan, um die Entwaffnung der PKK zu erreichen und die Entwicklungen in der Kurdenfrage intern wie extern zu kontrollieren.

### **Reformen von 2002-2005**

Die Reformen machten den Weg für die Nutzung der kurdischen Sprache im privaten Bereich frei. Seitdem sind private Fernseh- und Rundfunksendungen mit zeitlichen und inhaltlichen Begrenzungen genauso erlaubt wie private kurdische Sprachkurse (sowohl die Sendungen als auch die Sprachkurse dürfen nicht im Widerspruch zum genannten Verfassungsgrundsatz stehen) und die kurdische Namensgebung (allerdings mit Verbot des Gebrauchs der im Kurdischen verwendeten Buchstaben q, w und x).

Auf der anderen Seite brachte es den kurdischen politischen Parteien keine substanziellen Verbesserungen, dass Parteiverbote erschwert

wurden, da sie alle nacheinander verboten wurden, zuletzt die kurdische Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP) im Dezember 2009. Zahlreichen Politikern der DTP wurde überdies ein Politikverbot für fünf Jahre auferlegt.

Ferner wurde die Todesstrafe abgeschafft und somit die Todesstrafe von Öcalan in eine lebenslängliche Haft umgewandelt sowie der Ausnahmezustand aufgehoben. Letzteres hat jedoch nicht zu einer Verbesserung der nach wie vor prekären Situation der Binnenflüchtlinge geführt. Die EU-Kommission weist in ihren Türkei-Fortschrittsberichten auf diesen Umstand hin und betont, dass ernsthafte Anstrengungen erforderlich sind, um die Probleme der Binnenvertriebenen zu lösen, die sozio-ökonomische Entwicklung der Region umfassend voranzutreiben und die kulturellen Rechte allgemein zu fördern.

Hinzu kommt, dass inzwischen wieder militärische Sicherheitszonen eingerichtet wurden und dort die Ausübung der Grundrechte eingeschränkt ist.

Ferner hat das türkische Parlament zwar den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen ratifiziert. Ankara brachte jedoch eine Vorbehaltsklausel mit Verweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung und des Vertrags von Lausanne von 1923 ein. Da nach diesen Bestimmungen Kurden nicht als Minderheit anerkannt sind, wird ihnen damit verwehrt, in den Genuss der in den internationalen Verträgen vorgesehenen politischen und kulturellen Rechte zu kommen.

Insgesamt hatten die verabschiedeten Reformen trotzdem eine Symbolwirkung, weil sie in der Geschichte der Republik erstmalig waren und hohe Erwartungen in der kurdischen Bevölkerung weckten. Sie legten den Rahmen für eine politische Lösung der Kurdenfrage fest: die Ausweitung der individuellen Rechte und Freiheiten im kulturellen Bereich unter Beibehaltung der staatsideologischen Grundlagen. Weitergehende politische Forderungen nach Föderation oder Autonomie werden nach wie vor als auf eine Abspaltung gerichtete Ziele und somit als Gefahr für die territoriale und nationale Einheit angesehen und deshalb abgelehnt. Hierin liegt der nationale Konsens der türkischen Kurdenpolitik.

### **Politik der demokratischen Öffnung**

Die im Sommer 2009 angekündigte „Politik der demokratischen Öffnung“ hatte sowohl interne als auch externe Gründe. Sie war zum einen eine Reaktion auf die deutlichen Verluste der AKP bei den Kommunalwahlen im März 2009, aus denen die kurdische DTP in den Kurdenprovinzen gleichzeitig gestärkt hervorging. Ziel war es, der zunehmenden Wahrnehmung der AKP als einer antikurdischen Partei und den generellen Enttäuschungen in der kurdischen Bevölkerung entgegenzuwirken.

Noch im Vorfeld der Kommunalwahlen hatte die AKP gehofft, durch die Einführung des kurdischen Staatssenders TRT 6 im Januar 2009 die Wählergunst der kurdischen Bevölkerung zu gewinnen. Trotz seiner symbolischen Bedeutung blieb dieser Schritt im Hinblick auf die wahltaktischen Absichten aber wirkungslos. Angesichts des digitalen Informationszeitalters und der bereits existierenden kurdischen Fernseh- und Radiosendungen außerhalb der türkischen Grenzen war dieser Schritt längst überfällig.

Die „Politik der demokratischen Öffnung“ hatte aber auch eine regionalpolitische Dimension. Sie sollte die neue Öffnungspolitik gegenüber der föderalen Region Kurdistan-Irak untermauern und interne Unterstützung generieren.

Diese im November 2009 im Parlament vorgestellte Regierungsinitiative sah eine Ausweitung der Nutzung der kurdischen Sprache etwa in Wahlkämpfen oder in den Gefängnissen vor sowie die Wiedereinführung kurdischer Ortsnamen, die Einführung von Kurdisch als Wahlfach an Schulen oder des Faches „Kurdologie“ an Universitäten.

Diese Initiative ist deshalb bedeutsam, weil die Kurdenfrage erstmals im Parlament debattiert wurde. Dennoch verlor die „Politik der Öffnung“ schnell an Bedeutung, weil Folgeschritte ausblieben. Sie büßte aber auch an Glaubwürdigkeit ein, weil die AKP-Regierung die DTP aus dem Prozess ausschloss und der präsentierte Katalog die gestiegenen Erwartungen in der kurdischen Bevölkerung nur bedingt erfüllte. Hinzu kam, dass die AKP-Regierung kurz nach den Kommunalwahlen Mitte April 2009 eine Repressions- und Festnahmewelle gegen die DTP, die Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK), die als urbaner Ableger der PKK gilt, und weitere zivilge-

sellschaftliche Akteure startete, die zwar konträr zu einer „Politik der Öffnung“ stand, wohl aber Bestandteil der Doppelstrategie war, und dass das Militär den im Vorfeld der Kommunalwahlen einseitig von der PKK ausgerufenen Waffenstillstand mit massiven grenzüberschreitenden militärischen Operationen erwiderte.

### Gespräche mit Öcalan

Die seit November 2012 offen, d. h. nicht geheim geführten Gespräche mit Öcalan stehen in einem engen Zusammenhang mit den Auswirkungen des syrischen Bürgerkrieges auf die interne Kurdenfrage und mit der gewachsenen regionalen Manövrierfähigkeit der PKK. Diese Entwicklungen tangieren die regionalen Interessen und die Ambition der Türkei, eine führende Regionalmacht zu werden.<sup>3</sup> Deshalb ist der Anpassungsdruck auf die AKP-Regierung gestiegen.

Die AKP-Regierung betrachtet eine Entwaffnung der PKK und die Beendigung des Gewaltkonfliktes als notwendig, um regionale Einflussnahme (nach dem Sturz des Assad-Regimes) zu sichern und zu erweitern sowie zu verhindern, dass im Norden Syriens eine zweite kurdische Autonomie wie in Irakisch-Kurdistan entsteht. Ziel ist es, eine „osmanische“ Lösung der Kurdenfrage in Gang zu setzen, die der Türkei die Position als regionaler „Hegemon“ sichert.

Die Gespräche mit Öcalan sind daher nicht nur aus „innenpolitischer“ Perspektive zu bewerten, sondern sie sind in einen größeren regionalpolitischen Rahmen eingebettet. Dennoch ist dieser Schritt der Regierung symbolträchtig, weil er bislang von Seiten des Staates abgelehnt worden war.

Ein erstes Ergebnis der Gespräche mit Öcalan ist, dass Öcalan zum kurdischen Newrozfest am 21. März 2013 die PKK-Führung in den Kandilbergen in Irakisch-Kurdistan zur Beendigung des bewaffneten Kampfes und zum Waffenstillstand aufgefordert hat. Die PKK-Führung hat daraufhin nicht nur einen Waffenstillstand ausgerufen, sondern auch – wie von Öcalan gefordert – am 8. Mai 2013 mit dem Rückzug der PKK-Militanten von türkischem Gebiet begonnen. Welchen Ausgang diese Gespräche nehmen werden und welche Entwicklungsprozesse zu erwarten sind, bleibt zunächst abzuwarten.<sup>4</sup>

### FAZIT

Die Auswirkungen des Bürgerkrieges in Syrien auf den internen Konflikt und auf die regionalen Interessen der Türkei, die zunehmende Regionalisierung des internen Gewaltkonfliktes sowie die Erstarkung des kurdischen Nationalismus erfordern eine strategische Anpassung an die realen Entwicklungsprozesse. Jede friedliche und nachhaltige Konfliktlösung setzt hingegen die Anerkennung der historisch tief verwurzelten Autonomiebestrebungen der Kurden voraus. Angesichts ihrer politischen Stärke hat die AKP-Regierung die Chance, im Rahmen einer neuen zivilen Verfassung den Weg für eine nachhaltige friedliche Konfliktlösung zu ebnen, indem sie die Grundlagen für eine substantielle Demokratie legt, die ideologischen Barrieren zugunsten eines demokratischen und pluralistischen Wertekanons überwindet, unter Berücksichtigung der politisch-nationalen und der regionalen Konfliktdimension die internen (kurdischen) Forderungen zur Grundlage nimmt und an die vorhandenen Schnittmengen gemeinsamer Interessen auf beiden Seiten anknüpft. Ohne die Einbindung der PKK wird dies jedoch nicht möglich sein. Die Friedensgespräche mit Öcalan sind von essenzieller Bedeutung und bieten die einmalige Chance, den jahrzehntelangen Gewaltkonflikt zu beenden und den Weg für einen nachhaltigen Frieden zu beginnen.

---

### || PD DR. HABIL. GÜLISTAN GÜRBEY

Privatdozentin, Freie Universität Berlin

---

**ANMERKUNGEN**

- <sup>1</sup> Vgl. Gürbey, Gülistan: Die türkische Kurdenpolitik unter der AKP-Regierung: alter Wein in neuen Schläuchen?, in: GIGA Focus Nahost 11/2012, [www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf\\_nahost\\_1211.pdf](http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_nahost_1211.pdf)
- <sup>2</sup> Siehe zu den Auswirkungen des Bürgerkrieges in Syrien Gürbey, Gülistan: Vom Freund zum Feind – Die Syrien-Politik der Türkei im Kontext des Bürgerkrieges in Syrien, in: Südosteuropa-Mitteilungen 1/2013, S. 40-53.
- <sup>3</sup> Vgl. zur außenpolitischen Strategie von Außenminister Ahmet Davutoglu Gürbey, Gülistan: „Strategische Tiefe“ als neues außenpolitisches Konzept der Türkei?, in: Internetportal „EurActiv.de“ (Das Portal für europäische Nachrichten, Hintergründe und Politikpositionen). Aktuell-Debatte: Die neue Türkei, 8.11.2011, [www.euractiv.de/globales-europa/analysen/die-strategische-tiefe-ein-neues-auenpolitisches-verstandnis-der-trkei-005590](http://www.euractiv.de/globales-europa/analysen/die-strategische-tiefe-ein-neues-auenpolitisches-verstandnis-der-trkei-005590)
- <sup>4</sup> Vgl. zum Gesprächsprozess mit Abdullah Öcalan Gürbey, Gülistan: Öcalan und Erdogan auf dem Weg zum „osmanischen Frieden“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2013, S. 21-24, <http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2013/august/oecalan-und-erdogan-auf-dem-weg-zum-%C2%BBosmanischen-frieden%C2%AB>; siehe auch Gürbey, Gülistan: Turkey-PKK Talks Require More Time for Major Political Deal, in: World Politics Review. Global Insider, 15.1.2013, [www.worldpoliticsreview.com/trendlines/12626/global-insider-turkey-pkk-talks-require-more-time-for-major-political-deal](http://www.worldpoliticsreview.com/trendlines/12626/global-insider-turkey-pkk-talks-require-more-time-for-major-political-deal)